

Michael Bonder, Bernd Röttger, Gilbert Ziebura

Vereinheitlichung und Fraktionierung in der Weltgesellschaft. Kritik des globalen Institutionalismus

1. Chaotisierung oder Befriedung der Weltgesellschaft?

George Bush nimmt seine Kopfgeburt der »Neuen Weltordnung« mit aufs Altenteil, wo sie ein bestauntes Dasein fristen wird. Der britische Außenminister Douglas Hurd jedenfalls weint dem Begriff keine Träne nach: Er habe mehr versprochen, als »wir je zu leisten in der Lage sein werden«.¹ Derweil verstärkt sich der Eindruck, daß in Wahrheit das genaue Gegenteil geschieht: die Vervielfältigung der Krisen und Konflikte einerseits und die wachsende Unfähigkeit sie zu bewältigen andererseits. Angesichts des Jugoslawien-Debakels bekannte Klaus Kinkel mit seltener Offenheit: »Ich sage als deutscher Außenminister, daß ich hier, zusammen mit anderen, ratlos unter der Zirkuskuppel bin« (FAZ v. 27.1.1993). Klaus Schwab, Präsident des Weltwirtschaftsforums, prägte während der letzten Polit-Show in Davos sogar das Wort von der »politischen Impotenz« (zit. nach Schnorbus 1993). Gleichzeitig schlagen inzwischen nicht nur die bekannten Experten Alarm, sondern auch Massenblätter wie der SPIEGEL, der seine Serie »Trends 2000« mit den Worten eröffnet: »Es wird eng auf der Erde. Die wirtschaftliche Vernetzung, erdumspannende Transport- und Kommunikationsverbindungen und die ökologische Krise zwingen die Völker der Welt in eine globale Schicksalsgemeinschaft. Aber eine politische Ordnung für die gespaltene Weltgesellschaft ist nicht in Sicht. Zur Lösung der Menschheitsprobleme haben die reichen Industrienationen nichts anzubieten«. Letzten Endes befände sich »die Menschheit auf der Suche nach einem neuen Zivilisationsmodell« (*Der Spiegel* v. 11.1.1993) - und das ausgerechnet nach dem welthistorischen Sieg von Demokratie und Kapitalismus! Wo liegt der Grund für das Versagen der Politik, für die ja allseits beklagte Leere des politischen Diskurses? Wie kommt es, daß, wie wir gerade sehen, anscheinend nichts anderes übrig bleibt, als zum traditionellsten aller

1 FAZ, 29.1.1993. »Alle westlichen Staaten haben Schwierigkeiten, ihre außenpolitische Optik neu zu justieren - das einst von Bush in Umlauf gebrachte Wort von der »neuen Weltordnung« ruft inzwischen nur noch Hohn und Spott hervor. Das hat nichts mit den Komplikationen der internationalen Politik zu tun; es liegt auch am Versagen der westlichen Politiker« (Nonnenmacher 1993). Vgl. die frühe Voraussage von Ziebura 1991.

Instrumente zur Erhaltung eines Minimums an »Ordnung« zu greifen: der militärischen Intervention? Wie kann man nach all den Erfahrungen glauben, daß »Weltpolizisten«, woher immer sie kommen, imstande sind, die Kastanien aus dem Feuer zu holen? Offenbar tritt das genaue Gegenteil ein: Die Stimmen mehren sich, die überzeugt sind, daß ein Kontinent wie Afrika nur noch auf diese Weise vor dem endgültigen Kollaps zu bewahren ist.² Die Rechnung wird folgerichtig auf dem Fuße präsentiert: Statt der erhofften Befriedung eskalieren die Konflikte. Zu stören scheint dies nicht. Das Prinzip der Intervention avanciert zum gängigen Politik-Ersatz.

Inzwischen stochert die Wissenschaft bei ihrem Versuch, die neue Weltlage auf den Begriff zu bringen, im Nebel. Die Bemühungen erinnern vielfach an den Versuch, den sprichwörtlichen Pudding an die Wand zu nageln. Lassen wir die alt-neuen Vertreter real- und machtpolitischer oder geostrategischer Konzeptualisierungen beiseite. Auf das Denken von gestern, das für so viele Katastrophen verantwortlich ist, kann man getrost verzichten. Im übrigen steigen wir nicht zwei Mal an derselben Stelle in den historischen Strom. Geschichte wiederholt sich nicht, es sei denn, wie Karl Marx sagte, als Farce. Der Eindruck einer allgemeinen Rückkehr zu einem anarchischen Weltsystem voll überbordender Rivalitäten aller Art täuscht und läuft überdies Gefahr, an der Oberfläche der Phänomene kleben zu bleiben.

Ernster sind jene Ansätze zu nehmen, die versuchen, die entgegengesetzten, nach dem Ende des Realsozialismus anscheinend mächtig beförderten Tendenzen zur Vereinheitlichung der Welt daraufhin zu befragen, ob und inwiefern die Globalisierung von kapitalistischer Produktionsweise und pluralistischer Demokratie nicht doch die Chancen für eine »neue Weltordnung« verbessern. Hier wird von der Grundannahme ausgegangen, daß, unbeschadet der gravierenden Strukturdefekte bisheriger Globalpolitik, die »Weltgemeinschaft« nun in eine neue Gründungsphase inter-, trans- und supranationaler, gouvernementaler und nicht-gouvernementaler Netzwerke eingetreten ist, die bereits dabei sind, im Keim so etwas wie eine »Weltinnenpolitik« und sogar ein »global government« hervorzubringen. Das könnte ein Schritt auf dem mühsamen Weg zur »neuen Weltordnung« sein. Die Vertreter des »Regime-Ansatzes«, die gegenwärtig in der Bundesrepublik die Disziplin der Internationalen Beziehungen dominieren, begreifen die Ost-West-Konfrontation in erster Linie als »Konfliktmix« aus leicht, mittelschwer, schwer und kaum zu verregelnden Konflikten. Mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation sei der fundamentale Wertekonflikt ent-

2 Menzel 1992; Paul Johnson, *The Spectator*, 9.1.1993; Paul Kennedy, *The New York Review of Books*, 11.2.1993

schwunden, wodurch alle anderen Konflikte handhabbar werden, so daß ein immenser Verregelungs- und Verrechtlichungsschub im internationalen System ermöglicht und so die Voraussetzung für einen »langen und stabilen Frieden« auf der Grundlage eines sukzessiven sozioökonomischen Angleichungsprozesses geschaffen werde (vgl. Rittberger/Zürn 1991).

Mehr noch: In dem Maße, wie die Internationalisierung gesellschaftlicher Interaktionen und ökonomischer Austauschprozesse voranschreitet (»Interdependenz«), wächst auch die »Regelungsbedürftigkeit« sozialer Situationen. Da der Nationalstaat an Bedeutung verliert, ein Weltstaat aber nicht wünschenswert ist, muß das Politik- und Demokratiedefizit durch die Schaffung neuer internationaler Regime überwunden werden, in die nicht nur die nationalstaatlichen, sondern auch die gesellschaftlichen Akteure eingebunden sind. Herauskommen soll eine »complex governance« auf der Basis einer »Weltrechtsordnung« (vgl. Zürn 1992).

Auch wenn die Anhänger des »Regime-Ansatzes« die Stolpersteine auf dem Weg dorthin durchaus sehen, ist ihr Glaube ungebrochen, daß Konflikte mit dem Instrument der Verregelung bzw. Verrechtlichung vermieden, gelöst und (dauerhaft) überwunden werden können. Das war freilich schon die Hoffnung der Väter des Völkerrechts, Immanuel Kants oder der Protagonisten der Kollektiven Sicherheit. Man verüble uns nicht, wenn wir diesen Optimismus nicht teilen. Die Wirklichkeit der gegenwärtigen, historisch neuen Weltverhältnisse suggeriert eine ganz andere Sichtweise. Unsere These ist, daß sie gekennzeichnet sind durch eine sich dramatisch zuspitzende Dialektik zwischen Tendenzen der Vereinheitlichung und der Fraktionierung. Daraus versteht sich, warum Begriffe wie »Chaotisierung« oder »Befriedung« zur Markierung des Grundgegensatzes nicht ausreichen. Worum es geht, ist der Versuch, die Beschaffenheit dieser Dialektik zu erkennen und dann erst über praktische Konsequenzen nachzudenken. Sonst entgleiten uns die Kräfte, die, wie es immer wieder heißt, dabei sind, eine neue Weltära einzuleiten.

Was diese Dialektik ausmacht, ist nicht leicht zu ergründen. Auch die Frage, inwieweit sie für die Probleme der im Entstehen begriffenen Weltgesellschaft (oder »Gesellschaftswelt«) verantwortlich zeichnet, läßt sich nicht pauschal beantworten. Immerhin drängen sich Zusammenhänge auf, die unstrittig sind. Der Hauptwiderspruch liegt zweifellos (was auch der »Regime-Ansatz« annimmt) im Verhältnis zwischen Ökonomie und Politik und zwar auf allen Ebenen dieser Weltgesellschaft (wenngleich mit unterschiedlicher Intensität): der lokalen, regionalen, nationalen und globalen. Die Kräfte der Vereinheitlichung sind vornehmlich ökonomischer Natur und entfalten sich weitgehend wildwüchsig. Die Akkumulation folgt in der kapitalistischen Produktionsweise der ihr innewohnenden Logik. Sie

sprengt, soweit erforderlich, alle Grenzen, aber auch alle (Selbst-)Begrenzungen und damit alle Bemühungen um Regulierung im Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Gleichgewichts. Hier beginnt das Problem der Politik: Es gelingt ihr immer weniger, die Kosten dieses Prozesses wenigstens abzuschwächen. So entstehen gewaltige Fraktionierungen in Gestalt sich verschärfender sozialer und regionaler Disparitäten. Diese Rechnung wird insbesondere seit Beginn der 80er Jahre von Tag zu Tag länger. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß sie eine Wirtschafts- und Gesellschaftskrise neuen Typs annonciert. Der Unfähigkeit der Ökonomie, soziale und politische Verteilungsrelationen im Weltmaßstab zu organisieren, steht die Politik hilflos und ohne Perspektive gegenüber (Bonder/Röttger/Ziebur 1992). Daraus erklärt sich auch, warum De- und Renationalisierung, Deregulierung und Re-Regulierung oft dicht beieinander liegen, sich sogar überkreuzen oder verbinden und damit den Eindruck der Konfusion erwecken.

Belege für diese Einschätzung gibt es zuhauf; wir kommen darauf zurück. Am Anfang aber steht das Hauptversagen des globalisierten Kapitalismus, das immer klarer hervortritt: Alle Rhetorik der Weltmarktintegration und der »Rückkehr nach Europa« konnte der osteuropäischen Landmasse bisher den ökonomischen Niedergang nicht ersparen. Nicht einmal Ansätze einer faktischen Einfügung in die Welt- oder die europäische Arbeitsteilung sind erkennbar. Schlimmer noch: Die neuen osteuropäischen Peripherien erweisen sich als Integrations-Konkurrenten für die alte Dritte Welt. Weder den Erben des Realsozialismus noch den traditionellen Entwicklungsregionen werden Perspektiven geboten, es sei denn die Übernahme jenes neoliberalen Wachstumsmodells aus dem Norden, das seinerseits in der Krise steckt. Daraus folgt, daß es zwar einerseits einen enormen politischen Regulierungsbedarf der Weltprobleme gibt, daß aber andererseits das alte Zivilisationsmodell außerstande zu sein scheint, adäquate Regulationsformen zu entwickeln. So drängt sich die Vermutung auf, daß die dem globalen Kapitalismus immanente Dialektik von Vereinheitlichung und Fraktionierung die Krise der Politik und ihrer Institutionen nicht nur reproduziert, sondern verschärft. Zugespitzt: Da die Zivilisierung im Norden gerade auf einer grundlegenden Spaltung zwischen Nord und Süd sowie gleichzeitig zwischen West und Ost basierte, könnte es sehr wohl sein, daß die kapitalistische Vereinheitlichung die weltgesellschaftliche Fraktionierung zur Voraussetzung hat. Schließlich drohen die vorherrschenden Versuche einer Universalisierung der nördlichen »Zivilisationskultur«, ihre eigenen Fundamente zu untergraben. Hier liegt die große Herausforderung an die Sozialwissenschaften. Wenn alle Instanzen versagen, müßte sie als letzte jenes kritische Potential hervorbringen, ohne daß die Herausforderungen einer neuen Weltära nicht zu bewältigen sind. Sie müssen sich ge-

gen die fortschreitende Ausblendung kapitalismus-kritischer Ansätze wehren, die jenen »Totalitarismus der Mitte«³ befördert, der schon weite Teile der deutschen öffentlichen Meinung durchdrungen hat.

2. Vereinheitlichung und Fraktionierung: Deskription oder Analyse

Der von Dieter Senghaas unternommene Versuch, sich mit dem Verhältnis von »Globalisierung und Fragmentierung« auseinanderzusetzen und damit einen »Beitrag zur Weltordnungsdebatte« zu leisten (Senghaas 1993), scheint mitten in die angesprochene Problematik zu zielen. Allerdings stellt er die skizzierte Interpretation buchstäblich auf den Kopf. Der Kern seiner Argumentation läuft auf die Feststellung hinaus, daß Globalisierung und Fragmentierung letztlich Ergebnis einer dualen Struktur der Weltwirtschaft sind. Auf der einen Seite steht, als ihr »Gravitationszentrum«, die »Welt der OECD«, gekennzeichnet durch eine hochgradige »Verdichtung der Bezüge«, die durch funktionale und politische Institutionen überwölbt und durch »normative Orientierungen verklammert« ist. Im Fall der EG-Integration ist es sogar schon zu zwischenstaatlichen und zwischengesellschaftlichen Sozialisierungsprozessen gekommen. Für Senghaas hat sich eine »symmetrische Interdependenz« auf der Grundlage »substitutiver Arbeitsteilung« herausgebildet. Alles das stellt eine solide Voraussetzung für eine »anhaltende zivilisatorische Entwicklung« dar.

Demgegenüber gibt es den »Rest der Welt«, und darin liegt die Ursache für die »grundlegende Fragmentierung« der Weltgesellschaft. Hier spielen sich, geradezu spiegelbildlich zur »OECD-Welt«, alle Entwicklungen hinter einem entgegengesetzten Vorzeichen ab: Zerklüftung, asymmetrische Interdependenz, komplementäre Arbeitsteilung, ungleicher Tausch, aggressive neoprotektionistische Politik, Chauvinismus, Renationalisierung und Irrationalisierung bis hin zu »zivilisatorischer Rückbildung« und blutigen Bürgerkriegen, die der Zerfall aller Imperien und multikulturellen Staaten noch befördert. Einen (natürlich nur langfristigen) Ausweg aus dieser Misere sieht Senghaas, indem er einen Lieblingsbegriff aus seinen entwicklungstheoretischen Reflexionen der 70er Jahre zu neuem Leben erweckt: eine »dissoziative Zwischenphase der inneren Konsolidierung«, die viele Länder durchlaufen müssen, bevor die Chance einer »Kooptation« durch die »OECD-Welt« besteht. Ansonsten hält er die fortschreitende Chaotisierung der Welt für unvermeidlich.

Selbst wenn Senghaas diese arg konstruierte Dichotomie nicht durchhält, erstaunt doch, mit welchem schlichtem Strickmuster der Weltgesellschaft er

3 Dieser Begriff wurde schon in den 70er Jahren von Zieburg geprägt.

sich begnügt. Der Vorteil liegt auf der Hand: Auf den ersten Blick scheint es, als helfe dieser Reduktionismus, den Gang der Dinge zu durchschauen. Auf den zweiten Blick sieht es anders aus. Dann wird klar, daß er infolge einer ökonomistisch-institutionalistischen Sichtweise im Formalen und Deskriptiven steckenbleibt und darauf verzichtet, kausale Beziehungen herauszufinden. Der Hauptgrund ist einfach zu verstehen: Senhaas weigert sich, eine Kritik des dominierenden Akkumulationstyps und seiner Formen der politischen Regulation (inklusive der Regimebildung) zu formulieren. Er erleichtert sich die Arbeit, indem er die »OECD-Welt« zu einer Gruppieung idealisiert, die auf dem Weg der Vereinheitlichung vorangehe und dait die künftige »Weltordnung« vorwegnehme (vgl. Narr 1990). Nicht die zunehmenden Konflikte zwischen kapitalistischen Metropolen, etwa in der Triade USA-EG-Japan, fallen ins Gewicht, sondern die »funktional-korporativen Verregelungen«, die die Inter- und Transnationalisierungstendenzen absichern und verstärken. Aber wird nicht umgekehrt ein Schuh daraus? Erklärt Senghaas nicht Erscheinungsformen zur Ursache?

Aus dieser Betrachtungsweise resultieren noch andere Inkonsequenzen und Widersprüche. So ist es für ihn insbesondere der intra-industrielle Handel zwischen den OECD-Staaten, der »symmetrische Interdependenz« erzeugt. Aber Hauptträger dieses Handels sind, wie er selbstverständlich weiß, Transnationale Konzerne. Deren Strategie einer Globalisierung der Produktion (mit den notwendigen Kapitalbewegungen) hat sich aber weitgehend gegenüber der nationalstaatlichen Regulation verselbständigt und tendiert (wie das Beispiel USA drastisch vor Augen führt) zu einer Verschärfung innergesellschaftlicher Strukturprobleme, die eine Neuorientierung im Außenverhalten (und eben auch der Handelspolitik) bewirken. Der formalen Gleichrichtung des globalen Akkumulationsprozesses sind Differenzierungen der politischen Strategien auch innerhalb des OECD-Zentrums immanent. Wenn sich daraus, wie Senghaas durchaus sieht, ein Verdrängungswettbewerb ergibt, der Wohlstandseffekte ungleich verteilt und zugleich den Kampf um Weltmarktanteile verschärft, kann offensichtlich nicht mehr davon ausgegangen werden, daß sich die »OECD-Welt« als quasi konfliktfreies »Gravitationszentrum« nun dem »Rest der Welt« als Universalisierungs-Projekt anbietet. Es handelt sich vielmehr um ein Wachstumsmodell, das Fraktionierungen selber produziert. Und es soll nun beanspruchen können, sie aufzuheben?

Das ist noch nicht alles. In diesem Verdrängungswettbewerb läßt sich un schwer eine Auseinandersetzung um die künftige Machtkonstellation im Zentrum des Weltsystems erkennen. Umso schwerer fällt der Glaube, daß dieser Wettbewerb zu einer möglichst raschen Effektivierung der ökologischen Komponenten unseres Wachstumsmodells führen werde. Die einlei-

tende Rede von der »Welt als Schicksalsgemeinschaft«, hervorgerufen durch die ökologische Herausforderung, schrumpft auf ein Appendix modischer sozialwissenschaftlicher Produktion. Gerade hier aber bündeln sich, wie der »Erdgipfel« in Rio de Janeiro und seine (Nicht)Folgen zeigten, die Widersprüche. Kein Wunder, wenn die Ökologie nach anfänglicher Reverenz im weiteren Verlauf der Argumentation nicht mehr vorkommt.

Das zentrale Dilemma von Senghaas Überlegungen aber tritt hervor, sobald man seinen Vorschlag einer vorübergehenden Dissoziation zum Zweck innerer Konsolidierung, gewissermaßen das Stadium des Fegefeuers vor dem Eintritt ins OECD-Himmelreich, unter die Lupe nimmt. Wie soll das geschehen? Der zentrale Vorgang ist doch klar. Spätestens seit dem weltwirtschaftlichen Aufschwung Mitte der 80er Jahre nimmt die Triadisierung im Zentrum der Weltwirtschaft rapide zu (vgl. Esser i.E.) Hier konzentriert sich die aktuelle Akkumulationsdynamik des Kapitals in der Dialektik von Angleichung und Differenzierung, hier könnten sich Elemente der Regulationsform einer »Pax triadica« (Petrella 1992) herausbilden, hier findet die globale Kreditökonomie (»Casino-Kapitalismus«) ihr desaströses Wirkungsfeld. Wenn sich aber die Triade über eine ständig zunehmende, freilich widersprüchliche Marktintegration immer mehr aus sich selbst reproduziert, was bleibt dann für den »Rest der Welt« übrig? Muß es nicht sogar zu einer Zwangsabkopplung ganzer Weltregionen kommen, die schließlich nur noch, wie bereits vorgeschlagen (vgl. Anm. 2), durch die Errichtung von UN-Mandatsherrschaften über Wasser gehalten werden können? Nicht mehr selbsttragende Entwicklung, sondern globale Sozialpolitik? Damit würde die Kluft zwischen Arm und Reich zementiert und der weg frei in eine, nicht zuletzt durch Wanderungsbewegungen verursachte Chaotisierung der Welt.

3. Internationale Politische Ökonomie vs. »ideologischer Positivismus«

Wenn man schon die These von der normativistischen Erhebung der »OECD-Welt« zum universalen Wachstumsmodell plausibel machen will, wäre es angebracht, nach Ursachen, Konsequenzen und Widersprüchen der tendenziellen globalen Vergesellschaftung zu fragen (Schlupp 1992; Altvater 1992). Hier stoßen wir auf den grundsätzlichen methodisch-theoretischen Dissens zu der seit neuestem von Senghaas vertretenen Position. Dieser ist eingebettet in die Auseinandersetzung um den »neuen Institutionalismus«⁴, den Senghaas selbst vor gar nicht langer Zeit kritisierte (Seng-

4 Vgl. Otto Keck 1991; auch die Forschung zur europäischen Integration ist überwiegend dieser Richtung verpflichtet. Vgl. Kreile (Hg.) 1992.

haas 1992) - um ihm nun seinerseits zu erliegen. Als Gegenpol kristallisiert sich das heraus, was man als »Internationale Politische Ökonomie« bezeichnet hat.⁵ Der fundamentale Unterschied in der Vorgehensweise zum »neuen Institutionalismus« (zu dem auch der »Regime-Ansatz« gehört) liegt darin, daß dieser die »gegebene Wirklichkeit... schon als Prämisse unerörtert voraussetzt« (Narr 1990, 418; vgl. Schlupp 1992), während die Internationale Politische Ökonomie von eben dieser Erörterung ausgeht. Auf unseren Zusammenhang angewendet bedeutet das, daß im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses nicht steht, wie sich die Bedingungen für die Universalisierung von Kapitalismus und Demokratie darstellen, sondern wie die Kräfte der Globalisierung des Kapitalismus beschaffen sind, die sie vorantreiben, um schließlich eine qualitative Veränderung der Verhältnisse zwischen Ökonomie und Politik zu bewirken. Letztlich geht es also um den (nicht neuen) Gegensatz von »ideologischem Positivismus« und der historisch-dialektisch fundierten Analyse globaler Totalität, in der »alle Widersprüche zum Prozeß kommen« (Karl Marx). Am Beginn einer neuen Weltära ist es höchste Zeit, diesen Gegensatz in kontroverser Debatte erneut zuzuspitzen.

Das erscheint umso notwendiger, als ein schwerwiegendes Manko des »neuen Institutionalismus« und insbesondere des »Regime-Ansatzes« darin besteht, daß er sich mit Normen, Regeln und Formen des Multilateralismus beschäftigt, die aus der Zeit der »Pax Americana« stammen, also einer Machtkonstellation, die nicht mehr existiert. Die Frage stellt sich, ob sie, die das »ancien régime« verkörpern, geeignet sind, den Herausforderungen der neuen Weltära zu begegnen. Ist es möglich, diese Institutionen (bis hin zur UNO) durch mehr oder weniger einschneidende Reformen Erfordernissen anzupassen, die erst im Entstehen begriffen sind und sie damit naturgemäß selbst in Arenen von Machtkämpfen zu verwandeln? Gibt es gegenwärtig ein besseres Beispiel als den Streit um das GATT? Auch wenn die Uruguay-Runde noch Ergebnisse zeitigen sollte, liegen sie weit unter dem, was dieses »Regime«, bleibt es seinem ursprünglichen Auftrag treu, eigentlich leisten müßte. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß am Ende dieser Auseinandersetzung ein ganz anderes »Regime« der Welthandelsbeziehungen steht.

Hier springt der Unterschied zur Internationalen Politischen Ökonomie besonders ins Auge. Für Vertreter dieses Ansatzes sind Institutionen (bzw. »Regime«) immer nur das Ergebnis von Machtkämpfen, sobald diese zu ei-

5 Zur Forschungslage vgl. Meyers 1989. Es empfiehlt sich, unter die Internationale Politische Ökonomie auch die französische Regulationsschule sowie die in den USA und Großbritannien vertretene Position der »Radicals« zu subsumieren. Alle diese Ansätze liefern reiches Material für einen Gegenpol zum »neuen Institutionalismus«.

ner (vorübergehenden) Stabilisierung des Kräfteverhältnisses geführt haben und nicht umgekehrt.⁶ Entscheidend ist aber die Grundaussage, daß das Weltsystem nationale, regionale und globale Realitäten auf hierarchische Weise miteinander verschränkt und dabei ein Ensemble voller Ungleichheiten herauskommt (vgl. Beaud 1987). Diese Aussage, wie sie Immanuel Wallerstein und andere formuliert haben, hat sich als theoretisches und analytisches Konzept bewährt. Auch Senghaas hat sie vertreten. Hat der weltweite Sieg des »liberalen Projekts« diese Sichtweise deshalb obsolet gemacht, nur weil nun die Chance einer Ausbreitung, wenn nicht gar Universalisierung der »OECD-Welt« besteht?

Macht man mit der Erörterung ihrer Prämissen ernst, ist keineswegs sicher, ob sie in der uns bekannten Form fort dauern wird. Parallel zur Triadisierung mit den ihr eigentümlichen Formen der Hierarchisierung geben sich immer deutlicher abzeichnende Regionalisierungstendenzen (USA/NAFTA, EG/EWR, Japan/Pazifischer Raum) einen Hinweis darauf, daß im Zentrum der Weltwirtschaft und Weltpolitik eine neue Machtkonstellation im Entstehen begriffen ist. Das sich dabei herauskristallisierende komplexe Verhältnis von Vereinheitlichung und Differenzierung, von Kooperation und Konflikt, von Interdependenz und Handelskrieg (vgl. Esambert 1991) ist ein historisches Novum, das mit den Instrumenten der Internationalen Politischen Ökonomie zweifellos besser zu erfassen ist, als mit denen des »neuen Institutionalismus«. Könnte es sein, daß die Weltgesellschaft auf diesem Wege nach Formen der Regulation sucht, die im »ancien régime« unvorstellbar waren? Aber auch hier drängen sich die Widersprüche auf. Schon heute fällt die »Verregelungsdichte« in diesen drei Zonen höchst unterschiedlich aus, um sich in den jeweiligen Beziehungen zur »Außenwelt« zu verflüchtigen. Wer nicht die Chance hat, zu einer dieser Regionen zu gehören, wird von der weltwirtschaftlichen Dynamik abgeschnitten. Damit zeichnen sich Fraktionierungen ab, die mit dem traditionellen Nord-Süd-Gegensatz nicht mehr vergleichbar sind. Diese Fraktionierungen gehen im übrigen nicht von den chaotischen Verhältnissen im »Rest der Welt« aus, sondern entstehen aus der Entwicklung in den Zentren selbst.

Ein Blick auf Europa genügt, um den von Senghaas konstruierten Kausalnexus von »Verregelungsdichte« und »symmetrischer Interdependenz« ad absurdum zu führen. Wie kommt es, daß trotz aller Versuche einer institutionell abgesicherten Gleichrichtung der Politik (Handels-, Währungs-, Geldpolitik) die beabsichtigte Angleichung der sozio-ökonomischen Strukturen nicht erreicht wurde, auch wenn vermeintlich polit-ökonomische

6 Im Anschluß an die These Ferdinand Lassalles, der die Staatsverfassung als Ausdruck eines Waffenstillstands zwischen gesellschaftlichen Machträgern deutet. Vgl. auch die Staatstheorie von Nicos Poulantzas.

Arbeiten das Gegenteil beweisen wollen, wie beispielsweise Klaus Busch (Busch 1991), der zu seiner Angleichungshypothese nur dadurch gelangt, daß er als Indikator das BIP-pro-Kopf-Einkommen auf nationaler Ebene benutzt. In Wahrheit aber sind die Wirkungen von Angleichungskräften und Fraktionierungstendenzen wesentlich komplexer, wie auch verschiedene Studien über sozio-ökonomische Disparitäten in der EG nahelegen.⁷ Vergleicht man, viel aussagekräftiger, die zehn ärmsten mit den zehn reichsten Regionen, erlangt man zu dem Ergebnis, daß sich die regionalen Disparitäten trotz der Wachstumsphase in Europa verschärft haben. Folgt man einer positiven Korrelation zwischen der Entwicklung der nationalstaatlichen Disparitäten mit den konjunkturellen Auf- und Abschwüngen (vgl. Cingolani 1993), so müßte sich diese Form der Disparität im Zeichen der schweren Rezession seit 1991 ebenfalls wieder vergrößern. Mehr noch: Die Entwicklungsunterschiede werden durch die Gleichrichtung der Politik festgeschrieben.⁸ Sicherlich stellen die Verträge von Maastricht einen enormen transnationalen »Verregelungsschub« dar. Aber noch vor dem Ende der Ratifizierung wird klar, wohin die Reise geht: Nicht zu mehr »symmetrischer Interdependenz«, sondern zu einem »Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten« (oder der »konzentrischen Kreise«, einer »géométrie variable«, wie immer), das man sehr wohl als Anfang eines Desintegrationsprozesses verstehen kann.

Was hat das alles mit einem »Bemühen um Verteilungsgerechtigkeit« zu tun, das für Senghaas ganz richtig »zu den existentiellen Prämissen dieses integrativen Verbundes« gehört? Es kann schon sein, daß im Kerneuropa der künftigen Wirtschafts- und Währungsunion so etwas wie ein neues gleichgerichtetes metropolitane Wachstumsmodell entsteht, allerdings zum Preis einer scharf hierarchisch organisierten Arbeits- und Machtteilung in West-, insbesondere aber in Gesamteuropa. Das jedoch bedeutet, daß eine abgestufte Integrationsdichte keine sozio-ökonomische Angleichung bewirkt, sondern die Verschärfung der regionalen und sozialen Disparitäten.⁹ In seiner Betrachtung über »nachholende Modernisierung« stellt Klaus Müller treffend fest: »Warum sollte für die osteuropäischen Länder jener Peripherisierungsdruck entfallen, den fortgeschrittene Ökonomien auf weniger produktive Gesellschaften ausüben? Warum sollte das von Senghaas an anderer Stelle so eindringlich beschriebene internationale Kompetenzgefälle, das häufig genug nicht nur die Industrie und Landwirtschaft nachziehender Länder, sondern auch deren organisatorische Kompetenzen

7 Vgl. Wirtschafts- und Sozialausschuß der EG 1992. Grundsätzlicher: Röttger 1993a.

8 Vgl. dazu insbesondere die Kritik von Grjebine 1992.

9 Vgl. zu Europa im allgemeinen Bonder 1992, zur Politischen Ökonomie der WWU im besonderen Röttger 1992.

untergräbt, die Bevölkerung demotiviert und innenpolitische Spannungen verschärft, hier nicht zum Zuge kommen?» (Müller 1991, 283) Die These, daß mit der gesamteuropäischen Frage die westeuropäische Integration à la Monnet/Schuman an ihr Ende gelangt ist, sowohl hinsichtlich ihrer institutionellen Ausstattung wie ihrer Finalität, gewinnt an Plausibilität. Auch andere Institutionen aus dem »ancien régime« (NATO, WEU, KSZE) scheinen an Grenzen zu stoßen, sobald sie auf Entwicklungen treffen, die in ihrer Struktur nicht verankert sind.

Wenn aber der gesellschaftliche Wandel aller Weltregionen zunehmend durch den von den drei Zentren der Weltökonomie ausgehenden Transnationalisierungsprozeß bestimmt wird, stellt sich die Frage nach den entstehenden neuen Machtverhältnissen, also nach der Beziehung zwischen Politik und Ökonomie. Hier ist nicht der Ort, die alte Primatsdebatte wiederzubeleben. Aber auch in diesem Punkt geht die Internationale Politische Ökonomie voran, befindet sich aber noch am Anfang eines langen wissenschaftstheoretischen Weges. Aber erste Pisten werden in das Dickicht geschlagen. So vermutet z. B. Gerd Junne, daß mit der wechselseitigen ökonomischen Penetration der Metropolen die Bedeutung der innergesellschaftlichen politischen Akteure auch für die Struktur der globalen Beziehungen steigt (Junne 1990). Bilden sich mithin, wie einige Autoren annehmen, so etwas wie »transnationale gesellschaftliche Allianzen« heraus, die imstande sind, jene Rahmenbedingungen zu setzen, unter denen andere Akteure auf nationaler oder regionaler Ebene handeln müssen? (Cox 1983; Gill/Law 1989) Ist diese globale Machtkonfiguration tatsächlich schon so weit gediehen, daß man von der Existenz »transnationaler Machtblöcke« sprechen kann? Kann somit der von Gramsci für die Analyse nationaler Gesellschaften konzipierte Hegemoniebegriff auf die Analyse der Weltgesellschaft angewendet werden? Stellt etwa der Internationale Währungsfonds als transnationale Speerspitze des neoliberalen Wachstumsmodells ein solches Gebilde dar?

Unbezweifelbar ist, daß die Globalisierung des Kapitalismus innerhalb der Triade mit einer Auffächerung von Modernisierungspotentialen und innergesellschaftlichen Heterogenisierungsprozessen einhergeht. Der viel zu unpräzise Begriff der 2/3-Gesellschaften, der für die Metropolen entwickelt wurde, zeigt nicht nur das Ende des Fordismus an, sondern dokumentiert eindringlich, daß der transnationalisierte Akkumulationstyp auch und gerade die weltmarktintegrierten Gesellschaften des Nordens neu strukturiert, indem er die Kluft zwischen Modernisierungsgewinnern und -verlierern vertieft. Der *lean-production* folgt die *lean-society* auf dem Fuße. Es geht nun schon darum, die Sozialsysteme grundsätzlich in Frage zu stellen.

Schon heute ist unverkennbar, daß sich damit Elemente des »peripheren Kapitalismus« in den Metropolen durchsetzen, insbesondere in den Ghettos der großen Städte. Dieses neue Phänomen einer »Entgrenzung der Dritten Welt« (Brock 1992) findet seinen Ausdruck vor allem in den aus dem Süden der Welt hinlänglich bekannten Krisenerscheinungen wie Arbeitslosigkeit, wachsende Einkommensdisparitäten, Zunahme der absoluten Armut, Entvölkerung ländlicher Regionen, Verfall der Infrastruktur, drastische Zunahme der (organisierten) Kriminalität usw. Sie sind in erster Linie nicht das Resultat der Zuwanderung aus der Dritten (und nun auch der Zweiten) Welt, sondern des globalisierten Akkumulationsprozesses der Metropolen selbst. Schließlich entstehen spiegelbildlich »metropolitane« Inseln in den klassischen Entwicklungsregionen der Weltökonomie.

Damit berühren wir den Kern des Verhältnisses von Vereinheitlichung und Fraktionierung im globalisierten Kapitalismus: die Spaltung der Weltgesellschaft und zwar im doppelten Sinn: eine horizontal-räumliche Spaltung (Nord-Süd; West-Ost), die die Entwicklungsunterschiede zementiert, verschränkt sich mit einer vertikal-gesellschaftlichen Spaltung, die sich durch alle Gesellschaftsformationen unabhängig von ihrem Entwicklungsstand zieht. Regression ist integraler Bestandteil der OECD-Welt. Nimmt diese doppelte Spaltung bereits die Form einer Segregation, ja einer Apartheid an? Erhält das Verhältnis von Zentrum und Peripherie eine neue Qualität? Die Heterogenisierung gesellschaftlicher Strukturen innerhalb der »OECD-Welt« bei gleichzeitiger Globalisierung ökonomischer Aktivitäten durch Einbindung des Südens und Ostens über *offshore*-Enklaven des Wohlstands bewirkt eine Struktur der Weltgesellschaft, in der »Zentrum und Peripherie keine räumliche Existenz mehr (haben), sondern in der dualen planetarischen Gesellschaft aufgegangen (sind)« (Chesneaux 1991, 147). Infolge dieser Kombination von Spaltungen setzen sich zunehmend Desintegrationstendenzen durch, die den Humus für Neo-Nationalismus, Neorassismus, Fundamentalismus und ethnische Zerfleischung abgeben.

4. Neuer globaler Institutionalismus und weltgesellschaftliche Regression

Trifft die These zu, daß die durch die Globalisierung des Kapitalismus erzeugte horizontale und vertikale Spaltung der Welt erst die Voraussetzung für das Fortbestehen des westlichen Zivilisationsmodells darstellt, kann es nur darum gehen, daß sich der Westen selbst transformieren muß, will er den Herausforderungen der »neuen Weltära« gewachsen sein (vgl. Bonder/Röttger/Ziebura 1992). Davon ist nirgendwo die Rede. Dafür mehren sich die Anzeichen einer Regression. Hauptursache ist der Versuch, diesen neu-

en Herausforderungen mit den Mitteln des »ancien régime« zu begegnen. Chauvinistische Abschottungen, etwa über die Aushebelung des Asylrechts und die Verweigerung einer konsistenten Politik der Zuwanderung, sollen offensichtlich das Überleben des alten Wachstumsmodells garantieren (Röttger 1993b). Damit aber werden die Voraussetzungen für die Universalisierung des »liberalen Projekts«, wie sie Senghaas vorschwebt (vgl. vor allem Senghaas 1990), untergraben. Der Sozial- und Rechtsstaat im Westen werden zusehens dem Fortbestand und der weiteren Entfaltung des triadisierten Weltkapitalismus und seinen Handlungszwängen geopfert. Ursächlich für diese Regression ist nicht das Wiedererstehen einer hegemonialen Konstellation im Weltsystem, sondern das, was wir die Herausbildung einer »hierarchischen Funktionsteilung der Zentren« (Bonder/Röttger/Ziebura 1992, 57ff.) genannt haben. Sie stellt die (notfalls militärischen) Mittel dafür zur Verfügung, das metropolitane Wachstumsmodell gegen Bedrohungen von außen abzusichern. Gleichzeitig liefern die neuen Chauvinismen im Innern das Rüstzeug, um den Fortbestand des triadisierten Weltkapitalismus dadurch zu gewährleisten, daß der Eintritt der »Zweiten« und »Dritten Welt« verhindert wird. Noch regt es niemand auf, daß die dadurch erzeugte Spirale von Innen- und Außendruck leicht in eine tödliche Sackgasse führen könnte.

Das Drama, das Senghaas nicht sieht, besteht darin, daß die Dialektik von Vereinheitlichung und Fraktionierung, wie wir sie grob skizziert haben, eine fundamentale Abschwächung der politischen Regulation mit sich bringt. Sie ist Gefangene transnationaler »struktureller Macht«. Hier liegt der Grund für eine »Defizienz des Staates: fehlende Macht, fehlende Verantwortlichkeit, fehlende Öffentlichkeit« (Balibar 1992, 25). Dieser Staat verkörpert kein langfristiges Gesellschaftsprojekt mehr und kann es wohl auch nicht mehr, sollte unsere Analyse zutreffen. Er handelt, wenn überhaupt, nur noch aus der Defensive, sozusagen mit dem Rücken an der Wand. Die Krise des Nationalstaates geht einher mit einem Demokratieverlust trans-, supra- und internationaler Regulierungsinstanzen. Hier liegt die Herausforderung für die Theoriebildung, nicht aber in einem »neuen Institutionalismus«, der zur Ideologie einer regressiven Weltgesellschaft verkommt, indem er eben diese Regression kaschiert.

Klingt das alles nicht zu strukturalistisch-deterministisch und damit entmutigend? Setzen wir dem Optimismus, wie ihn Senghaas verbreitet, nicht einen finstren Pessimismus entgegen? Dieser Anschein trügt. Wenn unsere Analyse zutreffend, dann bietet sie einen großen Vorteil für die Definition eines alternativen Entwicklungsprojekts. Dies sollte, um überzeugend zu sein, immer die Perspektive vor Augen haben, die Dialektik von Vereinheitlichung und Fraktionierung, wie sie der globalisierte Kapitalismus

hervorbringt, zu durchbrechen und aufzulösen. Es geht nicht mehr darum, an den »Rändern« der Struktur »herumzubasteln«. Dagegen könnte die Regionalisierung der Weltwirtschaft als Chance begriffen werden, die Triadialisierungslogik dadurch zu durchbrechen, daß neue metropolitane Spezialisierungsprofile entwickelt und die weltwirtschaftlichen Peripherien in regionale Wachstumsmodelle mit je eigener Arbeitsteilung eingebunden werden. Es wird Zeit, daß sich die Weltordnungsdebatte aus ihrem normativistisch-institutionalistischen Korsett befreit und Vorschläge zu einer neuen Artikulation von Akkumulation und Regulation auf regionaler, nationaler und globaler Ebene ausarbeitet (Ziebur 1992; Bonder/Röttger 1993).

Literatur

- Altvater, Elmar 1992: *Der Preis des Wohlstands oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung*, Münster
- Balibar, Etienne 1992: Es gibt keinen Staat in Europa. Rassismus und Politik im heutigen Europa, in: Institut für Migrations- und Rassismusforschung e.V. (Hg.), *Rassismus und Migration in Europa*, Hamburg 1992.
- Beaud, Michel 1987: *Le système national/mondial hiérarchisé. Une nouvelle lecture du capitalisme mondial*, Paris
- Bonder, Michael / Röttger, Bernd / Ziebur, Gilbert 1992: *Deutschland in einer neuen Weltära. Unbewältigte Herausforderung*, Opladen
- Bonder, Michael / Röttger, Bernd 1993: Eurovisionen. Triaden-Politik oder gesellschafts- und strukturpolitische Neuordnung Europas, *spw*, Heft 69, Januar/Februar 1993, 22-27.
- Bonder, Michael 1992: Die 'Nation' schlägt zurück, *perspektiven ds*, Heft 4/1992
- Brock, Lothar 1992: Die Dritte Welt in ihrem fünften Jahrzehnt, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 50/1992, 13-23.
- Busch, Klaus 1991: *Umbruch in Europa. Die ökonomischen, ökologischen und sozialen Perspektiven des einheitlichen Binnenmarktes*, Köln
- Chesneaux, Jean 1991: Osten-Westen, Noden-Süden, *Freibeuter* Nr. 49, 1991.
- Cingolani, Massimo 1993: Disparités régionales de produit par tete dans la Communauté Européenne, *Cahier BEI*, No. 19, Mars 1993
- Cox, Robert W. 1983: Gramsci, Hegemony and International Relations, *Millenium* 12/1983
- Esambert, Bernard 1991: *La guerre économique mondiale*, Paris
- Esser, Josef i.E.: Technologieentwicklung in der Triade. Folgen für die europäische Technologiegemeinschaft, in: Gerhard Becher/Werner Stüb (Hg.), *Technologieentwicklung und europäische Gemeinschaft*
- Gill, Stephan R./ Law, David 1989: Global Hegemony and the Structural Power of Capital, *International Studies Quarterly*, Vol. 33/1989, 475-499.
- Grjebine, André 1992: Maastricht ou le triomphe du monétarisme, *Alternatives économiques*, janvier 1992
- Junne, Gerd 1990: Theorien über Konflikte und Kooperation zwischen kapitalistischen Industrieländern, in: Volker Rittberger (Hg.), *Theorien der Internationalen Beziehungen. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven*, PVS-Sonderheft 21/1990, 353-371.
- Keck, Otto 1991: Der neue Institutionalismus in der Theorie Internationaler Politik, *PVS* 1991, 635ff.
- Kreile, Michael 1992 (Hg.), *Die Integration Europas*, PVS-Sonderheft 23/1992
- Menzel, Ulrich 1992: Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie, Ffm

- Meyers, Reinhard 1989: Wieviele Schalben machen eine Sommer? (Re)-Naissance der Internationalen Politischen Ökonomie?, *NPL*, 1/1989, 5-40.
- Müller, Klaus 1991: Nachholende Modernisierung? Die Konjunkturen der Modernisierungstheorie und ihre Anwendung auf die Transformation der osteuropäischen Gesellschaften, *Leviathan*, Heft 2/1991, 261-291.
- Narr, Wolf-Dieter 1990: Wider die blinden Sieger. 'Das Projekt liberaler Demokratie', Dieter Senghaas und das Ende, *Leviathan*, H. 2/1990, 417-434
- Nonnenmacher, Günter 1993: Ohne Kurs und Steuermann, *FAZ* v. 17.2.1993.
- Petrella, Riccardo 1992: Pax triadica..., *Le Monde diplomatique*, novembre 1992.
- Rittberger, Volker /Zürn, Michael 1991: Transformation der Konflikte in den Ost-West-Beziehungen. Versuch einer institutionalistischen Bestandsaufnahme, *PVS*, 3/1991, 399-424
- Röttger, Bernd 1992: D-Mark-Schlachten. Kritik der herrschenden Debatte zur Wirtschafts- und Währungsunion in Europa, *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 11/1992, 1019-1026.
- Röttger, Bernd 1993a: *Akkumulation und Regulation in der EG-metropolitanen Integration. Zur Dialektik von Vereinheitlichung und Fraktionierung in Europa*. Institut für Internationale Politik, Berlin (i.E.)
- Röttger, Bernd 1993b: Der Sog des Sumpfes. Wirtschaftskrise, Neorassismus und die 'Sammlung der Mitte', *links* Nr. 271/272, Dezember 1992/Januar 1993.
- Schlupp, Frieder 1992: Aufbruch in eine neue Weltordnung? Paradigmatische und realanalytische Anmerkungen zur liberalen 'Universalisierungs- und Institutionalisierungs-Konzeption', in: Jörg Calließ/Bernhard Moltmann (Hg.), *Jenseits der Bipolarität: Aufbruch in eine »neue Weltordnung«*, *Löccumer-Protokolle* 9/1992, 359-375
- Schnorbus, Axel 1993: Osteuropa sucht nach Zuversicht, *FAZ* v. 3.2.1993
- Senghaas, Dieter 1990: *Europa 2000. Ein Friedensplan*, Ffm.
- Senghaas, Dieter 1992: Von Struktur- zur Regimeanalyse und zurück. Analytische Heuristik als Falle und das Erfordernis synthetischer Urteile, *PVS* H.1 /1992, 93-100
- Senghaas, Dieter 1993: Zwischen Globalisierung und Fragmentierung. Ein Beitrag zur Weltordnungsdebatte, *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 1/1993, 50-59
- Wirtschafts- und Sozialausschuß der EG 1992: *Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt, Initiativstellungnahme*, Brüssel.
- Ziebur, Gilbert 1991: Der Golfkrieg oder die Mißgeburt der »neuen Weltordnung«, *Leviathan*, Heft 2/1991, 159-165
- Ziebur, Gilbert 1993: Nationalstaat, Nationalismus, supranationale Integration: Der Fall Frankreich, *Leviathan*, Heft 4/1992, 467-489.
- Zürn, Michael 1991: Jenseits der Staatlichkeit: Über die Folgen der ungleichzeitigen Denationalisierung, *Leviathan*, Heft 4/1992, 490-513